

Tendenziöses Ärzte-Bashing

Nationalrat Christian Lohr, CVP TG, wirft dem Bundesrat gezieltes Ärzte-«Bashing» vor. Er verlangt vom Bundesrat in einer Interpellation eine Stellungnahme, weshalb die Einkommen der Ärzte angeblich viel höher sein sollen als bisher vermutet.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) meldete kürzlich, die Einkommen der Ärzte seien viel höher als bisher vermutet. Es beruft sich auf eine neue Studie, die indes von Ärzten als tendenziös und irreführend beklagt wird. Selbst die Studienleiter erwähnen, dass die Datenqualität für ihre Studie ungenügend sei.

Ungenügende Datenbasis

Die BAG-Studie basiert auf Daten der Jahre 2009 bis 2014, obwohl parallel dazu aufgrund der gesetzlichen Grundlage bereits das Bundesamt für Statistik (BfS) eine reguläre Erhebung der Ärztelöhne durchführt. Die BfS-Zahlen liegen für die Jahre ab 2015 vor, sind also aktueller als jene der BAG-Studie, welche ihrerseits zudem sogar lückenhaft und insgesamt schlechter sind als die BfS-Werte. Die betroffenen Ärzte können die Notwendigkeit einer zweiten Lohnerhebung nicht nachvollziehen. Ärztegesellschaften sprechen von politisch motiviertem «Bashing», für welches die BAG-Daten nun benutzt würden, um Ärzte-Einkommen unter Druck zu setzen.

Studie ohne Gesetzesgrundlage

Christian Lohr moniert: «Bei der Studie handelt es sich um ein Projekt ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Die daraus gezogenen Schlüsse sind zudem auch rein inhaltlich falsch, da die Datengrundlagen der BAG-Studie offensichtlich ungenügend sind, wie die Studienleiter selbst bestätigen. Ich bin gespannt auf die Antworten des Bundesrates.»

Die Studienleiter selbst kommen zum Schluss, dass die Datenqualität nicht gut genug sei – ziehen daraus indes den unverständlichen Schluss, dass bisher die «Einkommen unterschätzt» würden. Der Bundesrat erklärte am 29.10.2018 auf der Basis dieser

fragwürdigen Studie, die Ärzteneinkommen seien «bedeutend höher» als bisher angenommen und fordert Kantone und Leistungserbringer auf, weitere Erhebungen vorzunehmen.

Christian Lohr findet es stossend, dass der Bundesrat auf der Basis von derart ungenügenden Grundlagen öffentlich Druck auf die Ärzte macht. Unterstützung erhält Lohr auch von mehreren Ärztegesellschaften. Für Lohr ist es offensichtlich: «Hier wurde aus rein politischen Motiven mit Steuergeldern eine völlig unnötige Studie auf mangelhafter Datengrundlage erstellt» und er betont: «Es darf nicht sein, dass im Rahmen der Diskussion um die Gesundheitskosten der 'Schwarze Peter' einseitig den Ärzten zugeschoben wird.»

Weitere Auskünfte:

NR Christian Lohr

Tel. +41 (0) 79 405 41 72

E-Mail: christian.lohr@lohr.ch